



Börsenordnung der EEX

Datum / Date

04.07.2016

Ort / Place

Leipzig

Dokumentversion / Document Release

0037a

1. Inhalt

2. Geschäftszweige, Organisation und Organe der Börse	4
§ 1 Geschäftszweige	4
§ 2 Träger der Börse	4
§ 3 Börsenaufsichtsbehörde	4
§ 4 Börsenorgane	5
§ 5 Regelwerk der Börse	5
§ 6 Aufgaben und Befugnisse des Börsenrates	6
§ 7 Wahl des Börsenrates	6
§ 8 Vorsitz im Börsenrat; Stellvertretung	6
§ 9 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse des Börsenrates	6
§ 10 Ausschüsse des Börsenrates	7
§ 11 Börsengeschäftsführung; Vertretung	7
§ 12 Handelsüberwachungsstelle	8
§ 13 Sanktionsausschuss	9
3. Zulassung	10
3.1. Zulassung von Unternehmen und Börsenhändlern	10
§ 14 Börsenhandel	10
§ 15 Antrag auf Zulassung	10
§ 16 Zulassungsverfahren	11
§ 17 Zulassungsvoraussetzungen für Unternehmen	12
§ 18 Anforderung für die Abwicklung der Börsengeschäfte	13
§ 19 Anforderungen an technische Einrichtungen	14
§ 20 Zulassung von Börsenhändlern	15
§ 21 Zulassung von Händlerassistenten	15
3.2. Beendigung und Ruhen einer Zulassung, Handelsausschluss	15
§ 22 Verzicht auf die Börsenzulassung, Rücknahme und Widerruf der Börsenzulassung	15
§ 23 Folgen von Verzicht, Rücknahme und Widerruf	16
§ 24 Ruhen der Börsenzulassung	16
§ 25 Emergency-Member-Stop	17
§ 26 Handelsausschluss	18
§ 27 Folgen des Handelsausschlusses	18
3.3. Liquiditätsbereitstellung durch Market-Maker und Liquidity-Provider	19
§ 28 Voraussetzung und Begriffsbestimmung	19
§ 29 Pflichten von Market-Maker und Liquidity Provider	19
§ 30 Verpflichtung als Market-Maker bzw. Liquidity Provider durch EEX	20
§ 31 Zulassung als Market Maker	20
3.4. Zulassung von Institutionen mit öffentlichem Auftrag	21
§ 32 Zulassung als Auktionator	21
3.5. Anerkennung von Non-Trading Brokern und Third Party Trading Venues	22
§ 33 Anerkennung als Non-Trading Broker	22
§ 34 Anerkennung als Third Party Trading Venue	23
3.6. Zulassung, Rücknahme und Aussetzung von Produkten	24
§ 35 Zulassung von Produkten	24

§ 36 Rücknahme und Aussetzung der Produktzulassung	25
4. Börsenhandel	26
4.1. Allgemeine Bestimmungen für den Börsenhandel	26
§ 37 Vollelektronische Börse	26
§ 38 Börsenpreis und Preisermittlung	26
§ 39 Order-Transaktions-Verhältnis	27
§ 40 Minimale Preisänderung	28
§ 41 Technische Störungen	28
§ 42 Zentrale Gegenpartei	29
4.2. Börsenhandel an den Spotmärkten der EEX	29
§ 43 Börsenzeit und Handelsphasen	29
§ 44 Handelsarten	30
4.3. Börsenhandel an den Terminmärkten der EEX	30
§ 45 Börsenzeit und Handelsphasen	30
§ 46 Handelsart	31
4.4. Besondere Vorschriften für die Primärauktion von Emissionsrechten	31
§ 47 Primärauktion - Auktionator	31
§ 48 Durchführung der Primärauktion	31
§ 49 Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden, Weitergabe von Informationen	32
5. Sicherheitsleistungen, Positionslimite	33
§ 50 Sicherheitsleistung	33
§ 51 Festlegung der Positionslimite für den Terminhandel	33
§ 52 Änderung von Positionslimiten	33
§ 53 Überprüfung der Einhaltung der Positionslimite	33
§ 54 Meldepflicht	34
6. Schlussbestimmungen	35
§ 55 Verwendung von Daten	35
§ 56 Telefonmitschnitte	35
§ 57 Veröffentlichungen von Preisen und Umsätzen	35
§ 58 Bekanntmachungen	36
§ 59 Inkrafttreten	36
§ 60 Änderung der Fassung des Regelwerks	36

2. Geschäftszweige, Organisation und Organe der Börse

§ 1 Geschäftszweige

- (1) Diese Börsenordnung regelt die Organisation der nach deutschem Recht genehmigten Spot- und Warenterminbörse European Energy Exchange (EEX) mit den folgenden Geschäftszweigen:
 - (a) Teilmarkt EEX Power Derivatives Market für den Terminhandel von Strom und Herkunftsnachweisen,
 - (b) Teilmarkt EEX Emission Market für den Spot- und Terminhandel mit Emissionsrechten,
 - (c) Teilmarkt EEX Coal Market für den Terminhandel mit Kohle,
 - (d) Teilmarkt EEX Oil Market für den Terminhandel mit Rohöl und Raffinerieprodukten,
 - (e) Teilmarkt EEX Freight Market für den Terminhandel mit Frachtraten,
 - (f) Teilmarkt Metal Market für den Terminhandel mit Eisenerzen,
 - (g) Teilmarkt EEX Agricultural Market für den Terminhandel mit landwirtschaftlichen Produkten.
- (2) Die EEX verfügt über verschiedene elektronische Handelssysteme. Über die jeweiligen Handelssysteme erfolgen, jeweils nach Maßgabe der Bedingungen für den Handel an der EEX (Handelsbedingungen) und der Regelungen für die Registrierung von Geschäften (Trade Registration Regelungen), die Abschlüsse von Börsengeschäften, insbesondere von standardisierten Kontrakten, wie Spotmarktkontrakten, Futures und Optionen (Produkte).
- (3) Die Börsengeschäftsführung der EEX kann die Benutzung der Börseneinrichtungen auch für andere als die in Abs. 1 erwähnten Geschäftszweige gestatten, soweit keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Soweit eine solche Benutzung gestattet wird, wird dies den Börsenteilnehmern in geeigneter Weise bekannt gemacht.

§ 2 Träger der Börse

- (1) Träger der Börse ist die European Energy Exchange AG (EEX AG).
- (2) Die EEX AG als Träger ist verpflichtet, der Börse auf Anforderung der Börsengeschäftsführung die für den Betrieb der EEX und die angemessene Fortentwicklung der Börse erforderlichen personellen, sachlichen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

§ 3 Börsenaufsichtsbehörde

Die Aufsicht über die EEX und ihre Börsenorgane wird von der zuständigen obersten Landesbehörde des Freistaates Sachsen (Börsenaufsichtsbehörde) ausgeübt. Börsen-

aufsichtsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wilhelm-Buck-Straße 2 in 01097 Dresden.

§ 4 Börsenorgane

- (1) Börsenorgane sind
 - (a) der Börsenrat,
 - (b) die Börsengeschäftsführung,
 - (c) die Handelsüberwachungsstelle und
 - (d) der Sanktionsausschuss.
- (2) Die Mitglieder der Börsenorgane, mit Ausnahme der Börsengeschäftsführung und der Handelsüberwachungsstelle, üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

§ 5 Regelwerk der Börse

- (1) Der Börsenrat gibt der Börse das Regelwerk. Das Regelwerk ist für die Organe der Börse und die an der Börse zum Handel zugelassenen Unternehmen und Händler sowie sonstige Personen ohne das Recht zur Teilnahme am Handel verbindlich. Das Regelwerk der EEX besteht insbesondere aus folgenden Teilen:
 - (a) Börsenordnung,
 - (b) Handelsbedingungen mit den Kontraktsspezifikationen,
 - (c) Trade Registration Regelungen,
 - (d) Code of Conduct und
 - (e) Zulassungsordnung.
- (2) Sofern im Regelwerk der Börse vorgesehen, kann die Börsengeschäftsführung Durchführungsbestimmungen beschließen. Die Durchführungsbestimmungen sind für die an der Börse zum Handel zugelassenen Unternehmen und Händler sowie sonstige Personen ohne das Recht zur Teilnahme am Handel verbindlich.
- (3) Börsenteilnehmer und sonstige Personen ohne das Recht zur Teilnahme am Handel sind verpflichtet, die Einrichtungen der EEX nach Maßgabe der börsenrechtlichen Vorschriften und in Übereinstimmung mit den weiteren nationalen und europäischen Regelungen zu nutzen, damit eine ordnungsgemäße Durchführung des Handels und der Börsengeschäftsabwicklung sichergestellt ist. Die börsenrechtlichen Vorschriften umfassen das Börsengesetz¹ (BörsG) in der jeweils geltenden Fassung und die auf Grundlage des Börsengesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Anordnungen sowie das Regelwerk der EEX und die darauf erlassenen Anordnungen.

¹ Börsengesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330)

§ 6 Aufgaben und Befugnisse des Börsenrates

- (1) Der Börsenrat hat die ihm durch das Börsengesetz zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse. Ihm obliegt insbesondere:
 - (a) der Erlass der Börsenordnung, der Handelsbedingungen und der Zulassungsordnung,
 - (b) die Bestellung, Wiederbestellung und Abberufung der Börsengeschäftsführer im Einvernehmen mit der Börsenaufsichtsbehörde,
 - (c) die Überwachung der Börsengeschäftsführung,
 - (d) der Erlass der Geschäftsordnungen für den Börsenrat und die Börsengeschäftsführung,
 - (e) die Bestellung, Wiederbestellung und Abberufung des Leiters der Handelsüberwachungsstelle auf Vorschlag der Börsengeschäftsführung im Einvernehmen mit der Börsenaufsichtsbehörde und
 - (f) die Bestellung, Wiederbestellung und der Widerruf der Bestellung der Mitglieder des Sanktionsausschusses im Einvernehmen mit der Börsenaufsichtsbehörde.
- (2) Für andere Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung hat die Börsengeschäftsführung der EEX die vorherige Zustimmung des Börsenrates einzuholen.

§ 7 Wahl des Börsenrates

Die Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer des Börsenrates regeln die Vorschriften in der Sächsischen Börsenrechtsdurchführungsverordnung² (SächsBörsDVO) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8 Vorsitz im Börsenrat; Stellvertretung

- (1) In seiner ersten Sitzung, die einer Wahl folgt, wählt der Börsenrat in geheimer Wahl für seine Amtszeit aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und bis zu drei stellvertretende Vorsitzende.
- (2) Die Sitzungen des Börsenrates werden vom Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung von einem der stellvertretenden Vorsitzenden geleitet (Sitzungsleiter). Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden und aller Stellvertreter führt das an Lebensjahren älteste anwesende Mitglied des Börsenrates den Vorsitz im Börsenrat.

§ 9 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse des Börsenrates

- (1) Die Beschlussfähigkeit des Börsenrates ist gegeben, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mehr als die Hälfte der Mitglieder des Börsenrates selbst, durch schriftliche Stimmabgabe oder durch ein anderes Mitglied vertreten an der Sitzung teilnehmen. Die Ladung zur Sitzung gilt als ordnungsgemäß, wenn zwischen Versand der Ladung und der Unter-

² Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Durchführung des Börsenrechts vom 9. Februar 2012

lagen für die Sitzung und dem Tag der Sitzung mindestens zehn Börsentage liegen. Die Ladung und die Unterlagen für die Sitzung können via Email an die Börsenratsmitglieder verschickt werden.

- (2) Beschlüsse können mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst werden. Die Stimme des Sitzungsleiters ist dann entscheidend, wenn Stimmengleichheit vorliegt. Enthält sich der Sitzungsleiter in einem solchen Fall der Stimme, so gilt der entsprechende Antrag als abgelehnt.
- (3) Jedes Mitglied des Börsenrates kann durch schriftliche Stimmabgabe im Falle seiner Verhinderung an der Beschlussfassung teilnehmen.
- (4) Beschlüsse des Börsenrates können auch schriftlich, fernschriftlich, per Telefax oder fernmündlich herbeigeführt werden. Ein Antrag gilt in diesem Fall als angenommen, wenn sich mehr als die Hälfte der Mitglieder des Börsenrates innerhalb einer gesetzten Frist geäußert und die Mehrheit der Mitglieder des Börsenrates dem Beschluss zugestimmt hat. Jedes Mitglied des Börsenrates kann verlangen, dass die Entscheidung durch Abstimmung nach mündlicher Verhandlung erfolgen soll. Einem solchen, im Einzelnen zu begründenden Antrag, hat der Vorsitzende durch Einberufung einer Sitzung unverzüglich zu entsprechen.
- (5) Abstimmungen sind geheim durchzuführen, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder beantragt wird.
- (6) Der Inhalt und das Ergebnis der Verhandlungen und Beschlussfassungen des Börsenrates sind schriftlich zu dokumentieren und vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen. Bei schriftlichen, fernschriftlichen, per Telefax oder fernmündlich durchgeführten Abstimmungen nach Abs. 4 kann die Niederschrift des Inhaltes und des Ergebnisses der Beschlussfassungen auch von einem Börsengeschäftsführer unterzeichnet werden. Weitere Einzelheiten über die Protokollierung der Verhandlungen und Beschlüsse des Börsenrates regelt die Geschäftsordnung des Börsenrates.

§ 10 Ausschüsse des Börsenrates

Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Börsenrates können von diesem Ausschüsse eingesetzt werden.

§ 11 Börsengeschäftsführung; Vertretung

- (1) Die Börsengeschäftsführung ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht ausdrücklich anderen Börsenorganen zugewiesen sind.
- (2) Auch für den Fall, dass mehrere Geschäftsführer bestellt sind, wird die EEX durch jeweils einen Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Andere Personen können von der Börsengeschäftsführung mit der Vertretung beauftragt werden.
- (3) Die Börsengeschäftsführung und von ihr Beauftragte können alle für eine ordnungsgemäße Durchführung des Handels an der EEX und der Börsengeschäftsabwicklung erforderlichen Maßnahmen treffen und Anordnungen erteilen.

- (4) Unternehmen und Personen, die gegen bestehende Regelungen verstoßen oder Anordnungen im Sinne des Abs. 3 nicht befolgen, können von der Börsengeschäftsführung vorübergehend vom Börsenhandel insgesamt oder teilweise ausgeschlossen werden, wenn und solange der ordnungsgemäße Handelsablauf oder die ordnungsgemäße Börsengeschäftsabwicklung durch sie gestört wird. Dies gilt für Personen ohne das Recht zur Teilnahme am Handel entsprechend.

§ 12 Handelsüberwachungsstelle

- (1) Die EEX richtet unter Beachtung von Maßgaben der Börsenaufsichtsbehörde eine Handelsüberwachungsstelle als Börsenorgan ein und betreibt diese.
- (2) Der Leiter der Handelsüberwachungsstelle wird auf Vorschlag der Börsengeschäftsführung vom Börsenrat im Einvernehmen mit der Börsenaufsichtsbehörde bestellt und abberufen. Eine wiederholte Bestellung ist zulässig.
- (3) Die Handelsüberwachungsstelle überwacht die ordnungsmäßige Durchführung von Handel und Geschäftsabwicklung an der EEX nach näherer Bestimmung des § 7 BörsG sowie der weiteren einschlägigen nationalen und europäischen Vorschriften. Die Handelsüberwachungsstelle nimmt insbesondere die Aufgaben nach Artikel 16 Marktmissbrauchsverordnung³ wahr.
- (4) Die Handelsüberwachungsstelle kann nach Maßgabe des § 7 BörsG Daten über Geschäftsabschlüsse der Geschäftsführung und der Handelsüberwachungsstelle einer anderen Börse bzw. einer zur Überwachung des Handels an einem anderen ausländischen organisiertem Markt oder einem anderen entsprechenden Markt mit Sitz außerhalb der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zuständige Stellen übermitteln, soweit diese Daten für die Erfüllung der Aufgaben dieser Stellen erforderlich sind. Die Handelsüberwachungsstelle kann von diesen Stellen Daten empfangen, soweit sie zur ordnungsgemäßen Durchführung des Handels und der Börsengeschäftsabwicklung an der EEX erforderlich sind.
- (5) Stellt die Handelsüberwachungsstelle Tatsachen fest, welche die Annahme rechtfertigen, dass börsenrechtliche Vorschriften oder Anordnungen verletzt werden oder sonstige Missstände vorliegen, welche die ordnungsmäßige Durchführung des Handels an der EEX oder die Börsengeschäftsabwicklung beeinträchtigen können, unterrichtet sie die Börsenaufsichtsbehörde und die Börsengeschäftsführung. Satz 1 gilt entsprechend für Informationen über Handelsteilnehmer und Händler, die für Beurteilungen im Rahmen des Zulassungsverfahrens relevant sind. Hat die Handelsüberwachungsstelle den begründeten Verdacht, dass ein Auftrag oder eine Transaktion einschließlich deren Stornierung oder Änderung gegen die Bestimmungen der Artikel 3 oder 5 REMIT⁴ oder der Artikel 14

³ Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission

⁴ Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandels (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S.1)

oder 15 Marktmissbrauchsverordnung (Verbot von Insidergeschäften oder der Marktpreismanipulation bzw. deren Versuch) verstößt, unterrichtet sie die Markttransparenzstelle bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hierüber.

§ 13 Sanktionsausschuss

- (1) An der EEX besteht ein Sanktionsausschuss als Börsenorgan. Dem Sanktionsausschuss obliegen die in § 22 BörsG geregelten Aufgaben.
- (2) Das Nähere über die Errichtung, die Zusammensetzung, das Verfahren und die Kosten sowie die Mitwirkung der Börsenaufsichtsbehörde bestimmt sich nach § 22 BörsG und den den Sanktionsausschuss betreffenden Regelungen in der Sächsischen Börsenrechtsdurchführungsverordnung.

3. Zulassung

3.1. Zulassung von Unternehmen und Börsenhändlern

§ 14 Börsenhandel

Börsenhandel ist der Abschluss von Spot- und Terminmarktgeschäften (Börsengeschäften) in den Handelssystemen der EEX entweder durch Orderbuchhandel oder durch Registrierung von Geschäften. Börsengeschäfte an der EEX dürfen nur durch einen zugelassenen Börsenteilnehmer abgeschlossen oder vermittelt werden.

§ 15 Antrag auf Zulassung

- (1) Die Teilnahme zum Börsenhandel kann
 - (a) nur für Spotmarktgeschäfte,
 - (b) nur für Terminmarktgeschäfte,
 - (c) für ein oder mehrere Produkte sowie
 - (d) für alle Spot- und Terminmarktgeschäfte insgesamtbeantragt werden. Der Antrag auf Zulassung zum Börsenhandel kann auf die Nutzung der Trade Registration Funktionalität der Handelssysteme der EEX beschränkt werden.
- (2) Ein Antrag auf Zulassung als Börsenteilnehmer kann auch für eine oder mehrere Niederlassungen eines Unternehmens gestellt werden.
- (3) Für den Handel am Spotmarkt können Unternehmen, auch ohne selbst Börsenteilnehmer an der EEX zu sein, von der Börsengeschäftsführung auf schriftlichen Antrag des Unternehmens als Trading Agent anerkannt werden. Trading Agents sind berechtigt, über die für sie an der EEX zugelassenen Börsenhändler den Abschluss von Geschäften an der EEX im Auftrag und für Rechnung von anderen bei der EEX zugelassenen Börsenteilnehmern herbeizuführen. Trading Agents handeln dabei mit einer eigenen Nutzerkennung. Die Eingaben der zugelassenen Händler des Trading Agents in das System müssen bei jeder Eingabe individuell erkennbar sein. Die Börsengeschäftsführung spricht die Anerkennung als Trading Agent schriftlich aus, kann diese verweigern oder jederzeit schriftlich aufheben, wenn sachliche Gründe für eine solche Verweigerung oder eine solche Aufhebung vorliegen. Einzelheiten regelt die Börsengeschäftsführung. Die Bestimmungen im Regelwerk der Börse in Zusammenhang mit der Teilnahme am Handel einschließlich der Regeln betreffend der technischen Einrichtungen gelten – auch ohne gesonderte Benennung des Trading Agents – für diesen entsprechend.
- (4) Zugelassene Unternehmen können zusätzlich nach § 31 die Zulassung als Market-Maker beantragen.
- (5) Jeder Antrag auf Zulassung ist in der vorgeschriebenen Form an die EEX zu richten.

§ 16 Zulassungsverfahren

- (1) Entscheidungen über eine Zulassung
 - (a) eines Unternehmens zur Teilnahme am Börsenhandel (Börsenteilnehmer),
 - (b) von Personen, die berechtigt sein sollen, für einen zugelassenen Börsenteilnehmer an der EEX Spot- oder Termingeschäfte abzuschließen (Börsenhändler)

trifft die Börsengeschäftsführung auf schriftlichen Antrag eines Unternehmens nach § 19 BörsG. Die Börsengeschäftsführung entscheidet über den Antrag durch schriftlichen Bescheid. Sie kann einen unvollständigen Antrag ablehnen. Die Zulassung eines neuen Börsenteilnehmers kann den bereits zugelassenen Börsenteilnehmern in geeigneter Weise bekannt gegeben werden.
- (2) Der Nachweis für das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen für Börsenteilnehmer und Börsenhändler obliegt dem Antragsteller. Der Antragsteller hat alle für den Handel an der EEX und die entsprechende Abwicklung der abgeschlossenen Geschäfte erforderlichen staatlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Lizenzen, Zulassungen oder ähnliche Zustimmungen einzuholen. Die Börsengeschäftsführung kann vom Antragsteller jederzeit die Vorlage ergänzender Unterlagen oder ergänzende Auskünfte verlangen und dem Antragsteller hierzu eine Frist setzen. Dabei kann sie nach pflichtgemäßem Ermessen selbst oder durch einen Beauftragten den Antragsteller auf dessen Kosten einer Prüfung unterziehen und von ihm die Vorlage geeigneter Erklärungen und Unterlagen verlangen. Sie kann auch bei Dritten Erkundigungen einziehen; der Antragsteller ist vorher zu unterrichten.
- (3) Ausländische Unternehmen haben vor ihrer Zulassung als Börsenteilnehmer einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland zu benennen. Ein wirksamer Widerruf einer solchen Zustellungsbevollmächtigung kann nur unter gleichzeitiger Benennung eines anderen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden.
- (4) Ausländische Unternehmen können nur dann zum Handel an der EEX zugelassen werden, wenn die EEX diesen Unternehmen aufgrund des Rechtes des jeweiligen Landes den Zugang zum Börsenhandel ermöglichen darf. Anträge auf Zulassung von ausländischen Unternehmen ruhen, solange ein Nachweis über die Rechtmäßigkeit der Zulassung und der Teilnahme am Handel nach dem Recht des jeweiligen Landes nicht durch den Antragsteller erbracht ist oder die EEX nicht anderweitig von der Zulässigkeit der Zulassung des ausländischen Börsenteilnehmers und dessen Teilnahme am Handel Kenntnis erlangt.
- (5) Auch nach Erteilung einer Börsenzulassung ist der Börsenteilnehmer verpflichtet, Änderungen tatsächlicher oder rechtlicher Art, die zum Wegfall der Zulassungsvoraussetzungen führen könnten, unverzüglich der Börsengeschäftsführung mitzuteilen. Er ist insbesondere verpflichtet, die Börsengeschäftsführung zu unterrichten, sobald er von einem gegen ihn gerichteten Vermögens- oder Strafverfahren Kenntnis erlangt. Weiter ist er verpflichtet, die Börsengeschäftsführung zu unterrichten, wenn ein solches Verfahren gegen eine für das Unternehmen handelnde Person, die entweder nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag mit der Führung der Geschäfte des Börsenteilnehmers betraut

und zu seiner Vertretung ermächtigt oder für dieses als Börsenhändler zugelassen ist, eingeleitet oder anhängig ist. Um dies sicherzustellen, kann die Börsengeschäftsführung unter entsprechender Anwendung von Abs. 2 Satz 3 und 4 ergänzende Auskünfte und Unterlagen verlangen und gegebenenfalls Erkundigungen bei Dritten einholen.

§ 17 Zulassungsvoraussetzungen für Unternehmen

- (1) Zur Antragstellung für die Teilnahme am Spot- und Terminhandel (Börsenhandel) sind nur die Unternehmen berechtigt, die gewerbsmäßig im Zusammenhang mit den bei der EEX handelbaren Produkten
 - (a) die Anschaffung und Veräußerung für eigene Rechnung betreiben (Eigengeschäfte),
 - (b) die Anschaffung und Veräußerung im eigenen Namen für fremde Rechnung betreiben (Kundengeschäfte) oder
 - (c) die Vermittlung von Verträgen über die Anschaffung und Veräußerung übernehmen (Vermittlungsgeschäfte).
- (2) Zur Antragstellung berechtigt sind Unternehmen mit Sitz in oder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, soweit zwischen den zuständigen Aufsichtsbehörden im In- und Ausland zwecks Überwachung der Börsenteilnehmer ein Informationsaustausch möglich ist.
- (3) Börsenteilnehmer müssen die folgenden allgemeinen Zulassungsbedingungen sowie die in § 19 Abs. 4 BörsG genannten Voraussetzungen erfüllen:
 - (a) Bei Unternehmen, die in der Rechtsform des Einzelkaufmanns betrieben werden, muss der Geschäftsinhaber, bei anderen Unternehmen müssen die Personen, die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag mit der Führung der Geschäfte des Antragstellers betraut sind und zu seiner Vertretung ermächtigt sind (Geschäftsleiter), zuverlässig sein und zumindest eine dieser Personen muss die für den Börsenhandel notwendige berufliche Eignung haben. Im Zulassungsantrag sind vom Antragsteller diese vertretungsberechtigten Personen zu benennen.
 - (b) Die ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte muss sichergestellt sein.
 - (c) Der Börsenteilnehmer muss mindestens ein Eigenkapital in Höhe von Euro 50.000 vorweisen, es sei denn, es ist
 - ein Kreditinstitut,
 - ein Finanzdienstleistungsinstitut oder
 - ein nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 KWG⁵ tätiges Unternehmen,das zum Betreiben von Finanzkommissionsgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 oder zur Erbringung einer Finanzdienstleistung im Sinne des § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr.1 bis 4 KWG befugt ist. Als Eigenkapital sind das eingezahlte Kapital und die Rücklagen nach Abzug der Entnahmen des Inhabers oder des persön-

⁵ Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz) vom 09. September 1998 (BGBl. I S. 2776)

lich haftenden Gesellschafters und der diesen gewährten Kredite sowie eines Schuldenüberhangs beim freien Vermögen des Inhabers anzusehen.

- (d) Bei einem Antragsteller, der zu einem Nachweis von Eigenkapital nach lit. (c) verpflichtet ist, dürfen keine Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass er unter Berücksichtigung des nachgewiesenen Eigenkapitals nicht die für eine ordnungsgemäße Teilnahme am Handel erforderliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hat.
 - (e) Ist ein Eigenkapitalnachweis nicht möglich, kann der Nachweis des Eigenkapitals durch Gestellung einer Bankgarantie oder die Hinterlegung von Geld bei der EEX ersetzt werden. Die Bankgarantie muss von einem inländischen Kreditinstitut im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG oder einem vergleichbaren ausländischen Institut zugunsten der EEX erklärt werden. Die Bankgarantie muss die unbedingte und unwiderrufliche Verpflichtung des Garanten enthalten, den garantierten Betrag auf erstes Anfordern der EEX auf ein Konto der EEX anzuschaffen. Art, Inhalt und Form der Bankgarantie werden von der EEX festgelegt.
 - (f) Auf das Erfordernis des Nachweises eines Eigenkapitals kann im Rahmen einer Börsenzulassung verzichtet werden, wenn der Antragsteller ausschließlich die Teilnahme an Primärauktionen von Emissionsrechten beantragt und die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Geschäften durch ein Clearingmitglied der European Commodity Clearing AG (ECC AG) garantiert wird.
- (4) Die Zulassung berechtigt einen Börsenteilnehmer nur dann zur Teilnahme am Handel, wenn er über die erforderliche technische Anbindung verfügt und sonstige Anforderungen zum Anschluss an die entsprechenden Handelssysteme der EEX erfüllt sind.
- (5) Für Unternehmen, die als Börsenteilnehmer lediglich für die Nutzung der Trade-Registration-Funktionalität der Handelssysteme der EEX zugelassen werden wollen, müssen die Voraussetzungen aus Abs. 3 lit. (a) – (d) sowie Abs. 4 erfüllt sein. Eine Teilnahme am Orderbuchhandel ist in diesem Fall ausgeschlossen.

§ 18 Anforderung für die Abwicklung der Börsengeschäfte

- (1) Die ordnungsgemäße Abwicklung der Börsengeschäfte nach § 19 Abs. 4 Nr. 2 BörsG gilt als sichergestellt, wenn nachfolgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- (a) Der Börsenteilnehmer muss am Clearing der ECC AG nach Maßgabe der jeweils gültigen Clearing-Bedingungen der ECC AG teilnehmen.
 - (b) Dem Börsenteilnehmer müssen ausreichende technische Einrichtungen zur Verfügung stehen, die eine ordnungsgemäße Durchführung von Handel und Abwicklung über die Handelssysteme der EEX oder per Telefon gewährleisten. Beim Einsatz einer EDV-Anlage des Börsenteilnehmers muss sichergestellt sein, dass diese technischen Einrichtungen den Börsenhandel und die Abwicklung der Börsengeschäfte nicht beeinträchtigen. Die Börsengeschäftsführung kann entsprechende Hard- und Software benennen, die den Anforderungen nach Satz 1 und 2 entspricht. Bei der Benutzung anderer Hard- und Software obliegt dem Antragsteller

der Nachweis, dass diese den Anforderungen nach Satz 1 und 2 genügen. Das Nähere regeln Durchführungsbestimmungen über technische Einrichtungen.

- (c) Die technischen Einrichtungen sind vom Börsenteilnehmer instand zu halten und deren laufende Betriebsbereitschaft ist von ihm zu gewährleisten.
 - (d) Der Börsenteilnehmer hat das für den Handel und dessen Abwicklung erforderliche und geeignete Personal bereitzuhalten und ausreichende organisatorische Vorkehrungen zu treffen.
- (2) Die Teilnahme am Clearing der ECC AG im Sinne von Abs. 1 lit. (a) gilt als sichergestellt, wenn die ECC AG der EEX verbindlich bestätigt hat, dass der Börsenteilnehmer
- (a) im Besitz einer Clearing-Lizenz der ECC AG für den beantragten Markt nach Maßgabe der Clearingbedingungen ist oder, sofern der Börsenteilnehmer nicht Clearing-Mitglied für den beantragten Markt im Sinne der Clearingbedingungen der ECC AG werden will (Nicht-Clearing-Mitglied), er eine entsprechende Vereinbarung mit einem Clearing-Mitglied und der ECC AG (NCM-Vereinbarung) geschlossen hat sowie
 - (b) für jedes zu handelnde Produkt von der ECC AG als Handelsteilnehmer in diesem Produkt durch die ECC AG anerkannt ist. Die Anerkennung als Handelsteilnehmer erfordert insbesondere die für die Erfüllung von Geschäften in einem Produkt erforderlichen Erklärungen bzw. Nachweise.

§ 19 Anforderungen an technische Einrichtungen

- (1) Die technischen Anforderungen zum Anschluss an die Handelssysteme der EEX sind erfüllt, wenn dem Börsenteilnehmer EDV-Einrichtungen zur Verfügung stehen, die die Voraussetzungen gemäß den Durchführungsbestimmungen der EEX über technische Einrichtungen erfüllen. Die Börsengeschäftsführung ist berechtigt, die Einhaltung dieser Vorschriften vor Ort zu überprüfen.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann auf Antrag eines Börsenteilnehmers oder eines Antragstellers auf Börsenzulassung die Installation von Frontend-Systemen in Geschäftsräumen des Unternehmens außerhalb des Landes, in dem der Antragsteller seinen Sitz hat, gestatten, wenn die Geltung und Einhaltung des Regelwerkes der EEX und deren ergänzende Bestimmungen auch in dem Land gewährleistet sind, in dem sich diese Geschäftsräume befinden.
- (3) Sofern die Börsengeschäftsführung einem Börsenteilnehmer zur Eingabe von Aufträgen die Nutzung von Order-Routing-Systemen nach Maßgabe der Durchführungsbestimmungen der EEX über technische Einrichtungen gestattet, ist dieser dafür verantwortlich, dass von der Möglichkeit des Order-Routing nur zweckentsprechend, systemgerecht und entsprechend den börsenrechtlichen Vorschriften Gebrauch gemacht wird. Dies gilt auch für Aufträge nicht-börsenzugelassener Dritter, die im Wege des Order-Routing in die Handelssysteme der EEX eingegeben werden. Im Falle einer Missachtung dieser Anforderungen wird die Börsengeschäftsführung die Erlaubnis zur Nutzung eines Order-Routing-Systems einschränken oder widerrufen.

- (4) Der Einsatz von Systemen zum Handel, bei denen ein Computeralgorithmus die einzelnen Auftragsparameter automatisch bestimmt (algorithmischer Handel), ist der Börsengeschäftsführung vor Inbetriebnahme anzuzeigen. Die Börsengeschäftsführung kann die Nutzung von in Satz 1 genannten Systemen dauerhaft oder zeitweise, vollständig oder teilweise untersagen, wenn durch deren Einsatz eine Beeinträchtigung des ordnungsgemäßen Börsenhandels oder der ordnungsgemäßen Börsengeschäftsabwicklung droht. Das Nähere ist in den Durchführungsbestimmungen der EEX über technische Einrichtungen geregelt.

§ 20 Zulassung von Börsenhändlern

Börsenhändler sind von der EEX zuzulassen, wenn sie nach den Bestimmungen der Zulassungsordnung zuverlässig sind und die hierfür notwendige berufliche Eignung haben. Sie können nur für jeweils ein Unternehmen zugelassen werden.

§ 21 Zulassung von Händlerassistenten

- (1) Personen, die berechtigt sein sollen, für einen zugelassenen Börsenteilnehmer an der EEX am Handel teilzunehmen ohne den Nachweis der fachlichen Eignung erbracht zu haben (Händlerassistenten), können einmalig längstens für die Dauer von 6 Monaten von der EEX zugelassen werden, wenn sie zuverlässig sind, nur unter Aufsicht und nach Anweisung eines bestimmten zugelassenen Börsenhändlers (verantwortlicher Börsenhändler) stehen und nur soweit die Zulassung des verantwortlichen Börsenhändlers reicht, am Börsenhandel an der EEX teilnehmen.
- (2) Händlerassistenten können jeweils nur einem verantwortlichen Börsenhändler zugeordnet werden. Einem verantwortlichen Börsenhändler können maximal drei Händlerassistenten zugeordnet werden. Der verantwortliche Börsenhändler ist für alle Eingaben des ihm zugeordneten Händlerassistenten verantwortlich; sie gelten gegenüber der Börse als in seinem Namen abgegeben.
- (3) Die Regeln des Abschnittes 3.2 über Beendigung und Ruhen einer Zulassung als Händler, Handelsausschluss gelten entsprechend für Händlerassistenten. Ferner erlischt die Zulassung eines Händlerassistenten mit Beendigung der Zulassung des verantwortlichen Börsenhändlers oder mit Ablauf der unter Abs. 1 genannten Frist.

3.2. Beendigung und Ruhen einer Zulassung, Handelsausschluss

§ 22 Verzicht auf die Börsenzulassung, Rücknahme und Widerruf der Börsenzulassung

- (1) Ein Börsenteilnehmer oder ein Börsenhändler kann durch schriftliche Erklärung gegenüber der EEX auf die Zulassung verzichten. Der Verzicht kann sich auf einzelne Produkte beschränken.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann die Zulassung eines Börsenteilnehmers oder Börsenhändlers ganz oder teilweise zurücknehmen, wenn bei ihrer Erteilung eine der Zulassungsvoraussetzungen nicht vorgelegen hat.

- (3) Die Börsengeschäftsführung kann die Zulassung eines Börsenteilnehmers oder Börsenhändlers ganz oder teilweise widerrufen, wenn eine dieser Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist, der Börsenteilnehmer die dem Unternehmen gegenüber festgesetzten Sicherheitsleistungen oder täglichen Abrechnungszahlungen oder die sonst nach den Handelsbedingungen oder den jeweiligen Clearing-Bedingungen geschuldeten Lieferungen oder Zahlungen und Entgelte nicht fristgerecht erbringt. Das gleiche gilt bei wiederholten wesentlichen Verstößen gegen das Regelwerk der EEX. Auch wenn ein Börsenteilnehmer wiederholt das Order-Transaktions-Verhältnis im Sinne des § 26a BörsG i.V.m. § 39 nicht einhält, kann die Geschäftsführung die Zulassung widerrufen.
- (4) Die ECC AG oder ein Clearing-Mitglied der ECC AG können einen Antrag auf Anordnung des Widerrufs der Zulassung stellen.
- (5) Erlischt die Zulassung eines Börsenteilnehmers an der EEX, so erlischt auch die Zulassung der für diesen Börsenteilnehmer handelnden Börsenhändler.

§ 23 Folgen von Verzicht, Rücknahme und Widerruf

Wird auf die Börsenzulassung ganz oder teilweise verzichtet oder wird sie durch die Börsengeschäftsführung ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen, ist der Börsenteilnehmer zur Glattstellung oder zur Übertragung der von der Maßnahme betroffenen Positionen auf andere Börsenteilnehmer innerhalb einer von der Börsengeschäftsführung gesetzten Frist verpflichtet; ferner muss er alle Aufträge und Quotes im betreffenden Handelssystem annullieren und darf keine neuen Positionen eröffnen. Der Börsenteilnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Kunden ihre Positionen auf einen anderen Börsenteilnehmer übertragen können. Falls der Börsenteilnehmer diesen Anforderungen nicht fristgerecht nachkommt, kann die Börsengeschäftsführung die Aufträge und Quotes annullieren und die Positionen glattstellen. Die Börsenzulassung erlischt bei Verzicht erst nach Eintritt der in diesem Absatz genannten Voraussetzungen und Erfüllung aller Verpflichtungen gegenüber der ECC AG beziehungsweise dem zuständigen Clearing-Mitglied.

§ 24 Ruhen der Börsenzulassung

- (1) Besteht der begründete Verdacht, dass eine der Zulassungsvoraussetzungen nicht vorgelegen hat oder nachträglich weggefallen ist, kann die Börsengeschäftsführung das Ruhen der Zulassung des Börsenteilnehmers oder Börsenhändlers ganz oder teilweise für die Dauer von längstens sechs Monaten anordnen. Das Ruhen der Zulassung eines Börsenteilnehmers kann auch für die Dauer des Zahlungsverzuges mit fälligen Entgelten angeordnet werden.
- (2) Auch für den Fall, dass der Börsenteilnehmer oder ein für ihn handelnder Börsenhändler gegen Bestimmungen des Börsengesetzes oder des Regelwerkes der EEX verstößt oder die ihm gegenüber festgesetzten Sicherheitsleistungen oder täglichen Abrechnungszahlungen oder die nach den Handelsbedingungen oder den jeweils gültigen Clearing-Bedingungen geschuldeten Lieferungen, Zahlungen oder Entgelte nicht fristgerecht erbringt, kann die Börsengeschäftsführung bei Nichtzahlung für die Dauer des Verzugs, in

den übrigen Fällen längstens jedoch für die Dauer von 6 Monaten das Ruhen der Zulassung eines Börsenteilnehmers oder des für ihn handelnden Börsenhändlers anordnen. Das gleiche gilt, wenn ein Börsenteilnehmer das Order-Transaktions-Verhältnis im Sinne des § 26a BörsG i.V.m. § 39 nicht einhält.

- (3) Die ECC AG oder ein Clearing-Mitglied der ECC AG können einen Antrag auf Anordnung des Ruhens der Zulassung stellen.
- (4) Für die Dauer des Ruhens der Zulassung des Börsenteilnehmers ruht das Recht zur Teilnahme am Börsenhandel der EEX für dessen gemäß § 20 zum Handel zugelassene Börsenhändler; die betroffenen Börsenhändler müssen ihre Aufträge und Quotes annullieren und dürfen keine neuen Positionen eröffnen. Der Börsenteilnehmer hat unter Aufsicht der EEX bestehende Positionen glattzustellen oder zu übertragen.
- (5) Auf Antrag des Börsenteilnehmers kann die Börsengeschäftsführung in eigenem Ermessen das Ruhen der Zulassung des Börsenteilnehmers anordnen. Die Dauer des Ruhens sollte einen Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten. Während der Dauer des Ruhens entstehen für den Börsenteilnehmer keine Jahresentgelte; technische Entgelte nur, wenn entsprechende Anbindungen aufrecht erhalten bleiben. § 24 Abs. 4 gilt entsprechend. Die Börsengeschäftsführung wird auf Antrag des Börsenteilnehmers das Ruhen der Zulassung vor Ablauf des nach Satz 1 angeordneten Zeitraums wieder aufheben, sofern die Zulassungsvoraussetzungen wieder vorliegen.

§ 25 Emergency-Member-Stop

- (1) Ein Clearing-Mitglied der ECC AG kann einen Antrag auf zeitweisen Ausschluss (i.d.R. nur für die Dauer von fünf Tagen) vom Handel eines von ihm betreuten Börsenteilnehmers von allen Teilmärkten der EEX auch durch eine entsprechende Eingabe in das Handelssystem der EEX stellen (Emergency-Member-Stop), wenn dieses Clearing-Mitglied eine Vereinbarung über die Zulässigkeit und Duldung dieser Maßnahme mit diesem Börsenteilnehmer getroffen hat. Zugleich erklärt das Clearing-Mitglied, dass es nicht mehr bereit ist, weitere Geschäfte dieses Börsenteilnehmers an den Teilmärkten der EEX zu clearn.
- (2) Das Clearing-Mitglied, das die Funktionalität des Emergency-Member-Stops genutzt hat, ist, wenn die Voraussetzungen für die Benutzung des Emergency-Member-Stops weggefallen sind, verpflichtet, unverzüglich durch entsprechende Eingabe in das Handelssystem der EEX (Deaktivierung des Emergency-Member-Stops) alle für die Ermöglichung des Handels des betroffenen Börsenteilnehmers an den Märkten der EEX erforderlichen Anträge und Erklärungen abzugeben.
- (3) Das Clearing-Mitglied, das den Emergency-Member-Stop aktiviert hat, ist verpflichtet, der Börsengeschäftsführung unverzüglich noch am gleichen Börsentag für jeden Einzelfall eine schriftliche Begründung für die Aktivierung des Emergency-Member-Stops zu übermitteln. Diese Dokumentation soll Angaben zum Sachverhalt, den Gründen und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Deaktivierung des Emergency-Member-Stops enthalten.
- (4) Bei Aktivierung des Emergency-Member-Stop wird die Börsengeschäftsführung unmittelbar das Ruhen der Börsenzulassung des betroffenen Börsenteilnehmers für den Zeitraum

anordnen, bis das Clearing-Mitglied gegenüber der Börsengeschäftsführung durch Deaktivierung des Emergency-Member-Stops erklärt, dass es wieder bereit ist, das Clearing von Geschäften des betroffenen Börsenteilnehmers durchzuführen.

- (5) Für die Dauer des Ruhens der Börsenzulassung nach Abs. 1 unterbindet das Handelssystem T7, dass weitere Aufträge des betroffenen Börsenteilnehmers in das Handelssystem eingegeben werden können. Zudem werden bereits im System befindliche Aufträge gelöscht. Andere Handelssysteme verfügen nicht über diese Funktionalität. Unbeschadet davon ist der betroffene Börsenteilnehmer ab der Anordnung des Ruhens der Börsenzulassung nicht mehr berechtigt, an der EEX Aufträge einzugeben oder Geschäfte abzuschließen sowie Eingaben zur Positionsverwaltung gemäß § 35 der Handelsbedingungen zu tätigen.

§ 26 Handelsausschluss

- (1) Sofern ein zum Handel an der EEX zugelassener Börsenteilnehmer, der Clearing-Mitglied der ECC AG ist, die ihm gegenüber festgesetzte Sicherheitsleistung, tägliche Abrechnungszahlung oder eine sonstige fällige Zahlung nicht fristgerecht erbringt, kann der Börsenteilnehmer sowie alle angeschlossenen Nicht-Clearing-Mitglieder auf Antrag der ECC AG durch Entscheidung der Börsengeschäftsführung für die Dauer der Nichtleistung vom Handel an der EEX ausgeschlossen werden.
- (2) Sofern ein zum Handel an der EEX zugelassener Börsenteilnehmer, der Nicht-Clearing-Mitglied der ECC AG ist, die ihm gegenüber festgesetzte Sicherheitsleistung, tägliche Abrechnungszahlung oder eine sonstige fällige Zahlung nicht fristgerecht erbringt, gilt Abs. 1 entsprechend. Leistet ein solches Nicht-Clearing-Mitglied die seinem Clearing-Mitglied geschuldeten Zahlungen sowie Prämien und Entgelte, die ihre Grundlage in den Handelsbedingungen der EEX oder den Clearing-Bedingungen der ECC AG haben, nicht fristgerecht, so kann die Börsengeschäftsführung das Nicht-Clearing-Mitglied auf Antrag der ECC AG oder des ihn betreuenden Clearing-Mitgliedes für die Dauer der Nichtleistung vom Handel an der EEX ausschließen.
- (3) Liegen die sonstigen Voraussetzungen für die Zulassung als Börsenteilnehmer nicht mehr vor, kann die Börsengeschäftsführung den Börsenteilnehmer ganz oder für einzelne Produkte oder Märkte vom Handel ausschließen.

§ 27 Folgen des Handelsausschlusses

- (1) Ist ein Nicht-Clearing-Mitglied vom Handel ausgeschlossen, kann das ihn betreuende Clearing-Mitglied, sowie die ECC AG bei der Börsengeschäftsführung die Glattstellung der Positionen und die Löschung von Aufträgen dieses Nicht-Clearing-Mitgliedes beantragen. Ist ein Clearing-Mitglied, das zugleich Börsenteilnehmer ist, vom Handel ausgeschlossen, kann die ECC AG bei der Börsengeschäftsführung die Glattstellung der Positionen und die Löschung von Aufträgen dieses Clearing-Mitgliedes beantragen. Wird ein Clearing-Mitglied der ECC AG nach den Vorschriften dieses Abschnitts vom Handel ausgeschlossen, dürfen die ihm angeschlossenen Nicht-Clearing-Mitglieder nur solange vom Handel ausgeschlossen bleiben, bis sie über ein anderes Clearing-Mitglied wieder am

Handel der EEX teilnehmen können. Das Recht zum Widerruf der Zulassung bleibt unberührt.

- (2) Wird ein Börsenteilnehmer vom Handel in einzelnen oder allen Produkten ausgeschlossen, muss der Börsenteilnehmer alle seine Gebote, Aufträge und Quotes in den betreffenden Produkten annullieren und darf keine neuen Gebote, Aufträge oder Quotes für die betreffenden Produkte in die Handelssysteme der EEX einstellen.

3.3. Liquiditätsbereitstellung durch Market-Maker und Liquidity-Provider

§ 28 Voraussetzung und Begriffsbestimmung

- (1) Die Börsengeschäftsführung kann für einzelne Produkte oder Teilmärkte der EEX bestimmen, dass und wie der Handel mit dem oder den jeweiligen Produkten durch Market-Maker bzw. Liquidity-Provider mit Liquidität versorgt werden soll.
- (2) Liquiditätsversorgung der EEX durch Market-Making ist die angezeigte Bereitschaft eines Börsenteilnehmers, an der EEX auf kontinuierlicher Basis durch den An- und Verkauf von Produkten unter Einsatz des eigenen Kapitals Handel für eigene Rechnung zu von ihm gestellten Kursen zu betreiben (Market-Maker). Market-Maker werden von der Börsengeschäftsführung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen durch Verwaltungsakt als Market-Maker zugelassen bzw. verpflichtet.
- (3) Die Versorgung mit Liquidität, die nicht im Rahmen der Zulassung bzw. Verpflichtung als Market-Maker erfolgt, ist die Bereitschaft eines Unternehmens, an der EEX auf kontinuierlicher Basis durch den An- und/oder Verkauf von Produkten unter Einsatz des eigenen Kapitals Handel für eigene Rechnung zu von ihm gestellten Kursen zu betreiben (Liquidity-Provider). Liquidity-Provider werden durch privatrechtliche Vereinbarungen bestellt.

§ 29 Pflichten von Market-Maker und Liquidity Provider

- (1) Ein Market-Maker ist verpflichtet, in dem von der Börsengeschäftsführung bestimmten Umfang gleichzeitig limitierte Aufträge für die Nachfrage- und Angebotsseite (Quotes) in das Handelssystem der EEX einzustellen und zu diesen Geschäftsabschlüsse zu tätigen. Er muss während der Börsenzeit immer erreichbar sein.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann im Interesse geordneter Marktverhältnisse weitere Anforderungen an die Ausübung der Market-Maker stellen. Insbesondere kann sie eine maximale oder minimale Preisspanne (Maximum Spread oder Minimum Spread) zwischen Nachfrage- und Angebotspreisen, eine Mindestkontraktgröße auf der Nachfrage- und Angebotsseite, eine minimale Haltedauer von Quotes und eine minimale Quotierungsdauer im Handelssystem der EEX festsetzen.
- (3) Art und Umfang der Verpflichtungen des Liquidity Providers werden von dem Börsenträger im Rahmen allgemeiner Geschäftsbedingungen festgelegt.

§ 30 Verpflichtung als Market-Maker bzw. Liquidity Provider durch EEX

- (1) Die Börsengeschäftsführung kann geeignete Börsenteilnehmer verpflichten, der EEX als Market-Maker oder Liquidity-Provider für einzelne Produkte oder Teilmärkte der EEX regelmäßig und vorhersehbar Liquidität zuzuführen. Geeignet ist ein Börsenteilnehmer insbesondere dann, wenn er über die für die Erfüllung der Pflichten eines Market-Makers oder Liquidity-Providers erforderlichen organisatorischen und finanziellen Mittel und die entsprechende Anzahl von an der EEX zugelassenen und für das Market-Making bzw. Liquidity-Providing geeignete Börsenhändlern sowie die notwendigen technischen Voraussetzungen verfügt. Ferner muss auf Grund seines bisherigen Handelsverhaltens oder anderer vergleichbarer Kriterien angenommen werden können, dass dieser Börsenteilnehmer ein erhebliches Interesse daran hat, die Entwicklung der Liquidität für die betroffenen Produkte bzw. Teilmärkte der EEX voranzutreiben.
- (2) Die Verpflichtung als Market-Maker oder als Liquidity-Provider hat zu angemessenen kommerziellen Bedingungen zu erfolgen. Die Verpflichtung als Market-Maker ist zudem vom Bestand der Zulassung als Börsenteilnehmer abhängig.
- (3) Die Börsengeschäftsführung widerruft die Verpflichtung als Market-Maker bzw. Liquidity-Provider, sofern Market-Making bzw. Liquiditätsbereitstellung in hinreichendem Maße durch andere Börsenteilnehmer gemäß den folgenden Bestimmungen stattfindet.

§ 31 Zulassung als Market Maker

- (1) Ein Börsenteilnehmer kann unbeschadet von § 30 eine Zulassung als Market-Maker für ein oder mehrere Produkte beantragen, sofern im Handel mit dem oder den jeweiligen Produkten aufgrund einer Entscheidung der Börsengeschäftsführung ein Market-Making durchgeführt wird. In dem Antrag ist jedes Produkt zu bezeichnen, für das der Antragsteller Market-Maker sein will.
- (2) Die Börsengeschäftsführung erteilt dem Antragsteller eine Market-Maker-Zulassung, wenn die für diese Handelsart von ihm benannten Börsenhändler über die nötigen Handelskenntnisse zur Erfüllung der Market-Maker-Pflichten verfügen. Der Nachweis über die erforderlichen fachlichen Kenntnisse ist von dem Antragsteller zu erbringen.
- (3) Eine Market-Maker-Zulassung ist vom Bestand der Zulassung als Börsenteilnehmer abhängig.
- (4) Ein nach Absätzen 1 bis 3 zugelassener Market-Maker kann auf seine Market-Maker-Zulassung jederzeit durch schriftliche Mitteilung gegenüber der EEX insgesamt oder für bestimmte Produkte verzichten. Der Market-Maker ist ab dem fünften Börsentag, der auf den Zugang der Mitteilung folgt, nicht mehr berechtigt und verpflichtet, für die betroffenen Produkte Quotes zu stellen.
- (5) Wird eine Market-Maker-Zulassung erneut für Produkte beantragt, die zuvor verzichtet worden war, kann die EEX eine Wartefrist von mindestens zehn Börsentagen vorschreiben.

- (6) Die Börsengeschäftsführung kann die Market-Maker-Zulassung widerrufen, wenn der Market-Maker seine Verpflichtungen nach § 29 nach Abmahnung nicht erfüllt.

3.4. Zulassung von Institutionen mit öffentlichem Auftrag

§ 32 Zulassung als Auktionator

- (1) Juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts können - auch ohne Börsenteilnehmer zu sein - von der Börse als Auktionator zugelassen werden.
- (2) Auktionator im Sinne dieser Vorschrift ist eine Institution des privaten oder öffentlichen Rechts, die durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von der Europäischen Kommission zur Erсталlokation von Treibhausgasemissionszertifikaten (Emissionsrechte) im Sinne der Richtlinie 2003/87/EG und ihrer Änderungsgesetze (öffentlicher Auftrag) bestellt sind und die ausschließlich als Verkäufer Emissionsrechte durch Teilnahme an diesen Auktionen (single sided auction) veräußert. Im Rahmen der Zulassung als Auktionator ist eine weitergehende Teilnahme des Auktionators am Handel an der EEX nicht zulässig.
- (3) Ein Auktionator kann auf Antrag als Auktionator zugelassen werden, wenn:
- (a) er aufgrund öffentlichen Auftrags im Sinne von Abs. 2 Emissionsrechte veräußert,
 - (b) der ordnungsgemäße Ablauf der Auktion sicher gestellt und
 - (c) die ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte sichergestellt ist; § 18 Abs. 1 gilt entsprechend.

Für Auktionatoren, die für Auktionen im Sinne von Art. 26 (2) der (EU) No 1031/2010 („Transitional Common Auction Platform“ oder „TCAP“) zugelassen werden wollen, gelten mit Anerkennung und Erfüllung der in den „Arrangements on primary auctions of emission allowances on the spot market of the European Energy Exchange (EEX) under Commission Regulation (EU) No 1031/2010 and clearing and settlement of such transactions through European Commodity Clearing AG (ECC)“ („Arrangements“) näher spezifizierten Zulassungsvoraussetzungen, die unter lit. a) – c) genannten Voraussetzungen als erfüllt.

- (4) Der Auktionator ist nur berechtigt, als Verkäufer in einer Auktion aufzutreten. Auktionatoren, die nach Maßgabe von Art. 22 der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 zugelassen sind, sind nicht berechtigt, Verkaufsoorders in das Handelssystem einzugeben, die jeweilige Verkaufsoorder ergibt sich aus dem Auktionskalender in der jeweils gültigen Fassung.
- (5) Hinsichtlich Verzicht, Rücknahme, Widerruf und Ruhen einer Anerkennung gelten die Vorschriften des Abschnitts 3.2 entsprechend.

3.5. Anerkennung von Non-Trading Brokern und Third Party Trading Venues

§ 33 Anerkennung als Non-Trading Broker

- (1) Unternehmen können von der Börsengeschäftsführung auch ausschließlich zur Nutzung der Trade Registration Funktionalität durch Eingabe von Geschäften im Auftrag und im Namen (Erklärungsvertreter oder Erklärungsbote) von Börsenteilnehmern entsprechend der Trade Registration Regelungen anerkannt werden (Non-Trading Broker). Non-Trading Broker sind keine Börsenteilnehmer im Sinne des § 16 Abs. 1 und treten bei der Registrierung der Geschäfte bei der EEX nicht an die Stelle ihrer Auftraggeber und können keine eigenen Positionen eröffnen.
- (2) Als Non-Trading Broker im Sinne dieser Vorschrift werden nur solche Unternehmen anerkannt,
 - (a) die durch Vorlage einer Erlaubnis der zuständigen nationalen Aufsichtsbehörde den Nachweis erbracht haben,
 - ein Kreditinstitut,
 - ein Finanzdienstleistungsinstitut oder
 - ein nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 KWG tätiges Unternehmenzu sein, das zum Betreiben von Finanzkommissionsgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG oder zur Erbringung einer Finanzdienstleistung im Sinne des § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1 bis 4 KWG befugt ist. Ist nach dem Recht des Herkunftslandes des Unternehmens, welches Finanzkommissionsgeschäfte bzw. Finanzdienstleistungen betreibt oder erbringt eine Lizenz dafür nicht erforderlich, hat es eine Eigenkapitalausstattung nachzuweisen, die mindestens der von den in Satz 1 aufgeführten Unternehmen vergleichbar ist. EEX kann jederzeit den Nachweis einer höheren Eigenkapitalausstattung oder die Gestellung von Sicherheiten verlangen, wenn sie dies nach eigener Risikoanalyse für notwendig hält;
 - (b) deren Geschäftsinhaber, soweit sie in der Rechtsform des Einzelkaufmanns betrieben werden, bei anderen Unternehmen die Geschäftsleiter, persönlich zuverlässig sowie fachlich geeignet sind; im Anerkennungsantrag sind vom Antragsteller diese vertretungsberechtigten Personen zu benennen;
 - (c) die erfolgreich einen KYC-Prozess bei der EEX durchlaufen haben;
 - (d) die über den erforderlichen technischen Zugang zu der Trade Registration Funktionalität der EEX verfügen;
 - (e) die Personen benannt haben, die zur Nutzung der Trade Registration Funktionalität berechtigt sein sollen, wobei diese Personen persönlich zuverlässig sowie fachlich geeignet sein müssen;
 - (f) die garantieren,

- (i) dass sie durch ihre interne Organisation sicherstellen, dass Transaktionen nur im Namen von solchen Börsenteilnehmern registriert werden, mit denen sie eine entsprechende Vereinbarung geschlossen haben;
 - (ii) diese Vereinbarung dem Non-Trading Broker uneingeschränkt das Haftungsrisiko für durch ihn verursachte fehlerhafte Registrierungen zuweist sowie
 - (iii) der EEX in einer von dieser bestimmten Form eine fortlaufend zu aktualisierende Liste von EEX Börsenteilnehmern vorzulegen, mit denen sie eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen haben; und
 - (iv) dass der Vorgang des Zusammenführens von Aufträgen in ihrem internen Handelssystem nicht manipuliert werden kann;
- (3) Non-Trading Broker, die nicht zugleich als Börsenteilnehmer an der EEX zugelassen sind, sind ausschließlich zur Eingabe von Geschäften, nicht aber zu deren Bestätigung berechtigt. Eine Teilnahme am Börsenhandel und das Halten eigener Positionen über die Trade Registration Funktionalität sind ausgeschlossen.
- (4) Die Börsengeschäftsführung kann die Anerkennung von Non-Trading Brokern auf bestimmte Marktsegmente und Produkte beschränken.
- (5) Die Börsengeschäftsführung kann die Anerkennung als Non-Trading Broker jederzeit und mit sofortiger Wirkung widerrufen, wenn einzelne Voraussetzungen der Anerkennung als Non-Trading Broker nicht mehr vorliegen oder der Börsengeschäftsführung Tatsachen bekannt werden, welche auf die Unzuverlässigkeit des Non-Trading Brokers schließen lassen. Solche Tatsachen sind insbesondere die Eingabe von Geschäften, zu deren Abschluss der Non-Trading Broker nicht berechtigt gewesen ist. Der Widerruf der Anerkennung als Non-Trading Broker eines Unternehmens ist den Börsenteilnehmern der EEX bekannt zu machen.

§ 34 Anerkennung als Third Party Trading Venue

- (1) Unternehmen, die das Geschäft eines geregelten Marktes verwalten und/oder betreiben, können von der Börsengeschäftsführung ausschließlich zur Nutzung der Trade Registration Funktionalität durch Eingabe von Geschäften im Auftrag und im Namen (Erklärungsvertreter oder Erklärungsbote) von Börsenteilnehmern entsprechend der Trade Registration Regelungen anerkannt werden (Third Party Trading Venue). Ein geregelter Markt nach Satz 1 ist ein von einem Marktbetreiber betriebenes und/oder verwaltetes multilaterales System, das die Interessen einer Vielzahl von Dritten am Kauf und Verkauf von Waren und Termingeschäften mit Bezug auf Waren, Frachtsätzen, Emissionsberechtigungen, Klima- oder andere physikalische Variablen, innerhalb des Systems und nach seinen nichtdiskretionären Regeln in einer Weise zusammenführt oder das Zusammenführen fördert, die zu einem Vertrag in Bezug auf Waren, Frachtsätzen, Emissionsberechtigungen, Klima- oder andere physikalische Variablen führt, die gemäß den Regeln des Marktes zum Handeln zugelassen wurden.

- (2) Als Third Party Trading Venue im Sinne dieser Vorschrift werden nur solche Unternehmen anerkannt,
- (a) die über eine Erlaubnis ihrer jeweils zuständigen nationalen Aufsichtsbehörde verfügen und von dieser darin überwacht werden, einen geregelten Markt zu betreiben;
 - (b) die mit der EEX AG oder einem gruppenangehörigen Unternehmen der EEX Gruppe eine Kooperationsvereinbarung über die Registrierung von Geschäften geschlossen haben;
 - (c) die über den erforderlichen technischen Zugang zu der Trade Registration Funktionalität der EEX verfügen;
 - (d) die garantieren,
 - (i) dass sie durch ihre interne Organisation sicherstellen, dass Transaktionen nur im Namen von solchen Börsenteilnehmern registriert werden, die bei ihnen als Handelsteilnehmer zugelassen sind und
 - (ii) der EEX eine fortlaufend zu aktualisierende Liste ihrer Handelsteilnehmer vorzulegen, für die die Trade Registration Funktionalität genutzt werden soll sowie;
 - (iii) dass sie uneingeschränkt das Haftungsrisiko für durch sie verursachte fehlerhafte Registrierungen tragen.
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Anerkennung als Third Party Trading Venue, insbesondere folgt ein solcher nicht aus der Anerkennung anderer Unternehmen.
- (4) Die Börsengeschäftsführung kann die Anerkennung als Third Party Trading Venue jederzeit und mit sofortiger Wirkung widerrufen, wenn einzelne Voraussetzungen der Anerkennung als Third Party Trading Venue nicht mehr vorliegen oder der Börsengeschäftsführung Tatsachen bekannt werden, welche auf die Unzuverlässigkeit des Third Party Trading Venue schließen lassen. Solche Tatsachen sind insbesondere die Eingabe von Geschäften, zu deren Eingabe die Third Party Trading Venue nicht berechtigt gewesen ist. Der Widerruf der Anerkennung als Third Party Trading Venue ist den Börsenteilnehmern der EEX bekannt zu machen.

3.6. Zulassung, Rücknahme und Aussetzung von Produkten

§ 35 Zulassung von Produkten

- (1) Die Börsengeschäftsführung entscheidet über die Zulassung von Produkten für den Spot- und Terminhandel an der EEX und legt – gegebenenfalls vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung der Börsenaufsichtsbehörde – fest, auf welchem Handelssystem ein Produkt eingeführt wird. Voraussetzung der Zulassung eines Produktes ist, dass ein geordneter Spot- und Terminhandel zu erwarten ist. Das Nähere regeln die Handelsbedingungen der EEX.

- (2) Produkte sind jeweils die an der Börse zum Handel auf einen bestimmten Basiswert zugelassenen Spotmarktgeschäfte, Options- oder Future-Kontrakte. Basiswert ist das jeweilige Bezugsobjekt des Produktes.
- (3) Der Beschluss der Börsengeschäftsführung über die Zulassung von Produkten zum Börsenhandel an der EEX ist bekannt zu machen.
- (4) Die Börsengeschäftsführung entscheidet über die Zulassung von Produkten zur Nutzung der Trade Registration Funktionalität. Bei Produkten, die ausschließlich für die Registrierung von Geschäften eingeführt werden, legt sie die Kontraktsspezifikationen fest. Das Nähere ist in den Trade Registration Regelungen festgelegt.

§ 36 Rücknahme und Aussetzung der Produktzulassung

- (1) Die Börsengeschäftsführung kann die Zulassung von Produkten zum Spot- oder Terminhandel an der EEX zurücknehmen oder den Spot- oder Terminhandel in diesen Produkten an der EEX aussetzen, wenn der ordnungsgemäße Börsenhandel oder die ordnungsgemäße Börsengeschäftsabwicklung gefährdet ist oder dies zum Schutz des Publikums geboten erscheint. Für den Handel am Terminmarkt der EEX gilt dies insbesondere, wenn die Notierung eines Basiswertes ausgesetzt wird oder die EEX aus sonstigen Gründen nicht mehr berechtigt ist, auf diesen Basiswert zu referenzieren.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann weiterhin den Börsenhandel insgesamt oder in einzelnen Produkten unterbrechen, wenn dies aus technischen Gründen oder zur Vermeidung sonstiger Gefährdungen der Funktionsfähigkeit des Börsenhandels erforderlich ist.
- (3) Die Börsengeschäftsführung kann in einem physisch zu erfüllenden Produkt anstelle einer physischen Lieferung einen Barausgleich anordnen, wenn der ordnungsgemäße Börsenhandel oder die ordnungsgemäße Börsengeschäftsabwicklung gefährdet ist.
- (4) Die Rücknahme der Zulassung von Produkten oder die Aussetzung des Spot- oder Terminhandels an der EEX sowie die Anordnung eines Barausgleichs ist unverzüglich den Börsenteilnehmern bekannt zu geben.
- (5) Wird der Spot- oder Terminhandel in bestimmten Produkten an der EEX ganz oder teilweise ausgesetzt, können bezüglich der ausgesetzten Produkte für die Dauer der Aussetzung keine weiteren Aufträge und Quotes eingegeben und im Terminhandel keine offenen Positionen glattgestellt werden. Alle bestehenden Aufträge und Quotes werden gelöscht. Die Wiederaufnahme des Handels in den ausgesetzten Produkten beginnt – sofern vorhanden - mit einer Vorhandels- oder Aufrufphase. Die Börsengeschäftsführung kann im Falle einer Aussetzung im Einzelfall abweichende Anordnungen treffen.

4. Börsenhandel

4.1. Allgemeine Bestimmungen für den Börsenhandel

§ 37 Vollelektronische Börse

- (1) Die EEX ist eine vollelektronische Börse. Sie verfügt über elektronische Handelsplattformen für den Abschluss und die Registrierung von Spotgeschäften und für den Abschluss und die Registrierung von Termingeschäften.
- (2) Aufträge sind Kauf- oder Verkaufsaufträge von Börsenteilnehmern am Spotmarkt der EEX in der Handelsart Fortlaufender Handel und Auktionshandel sowie an den Terminmärkten. Im Auktionshandel können die Aufträge auch als Gebote bezeichnet werden. Quotes sind gleichzeitig eingegebene, limitierte tagesgültige Kauf- und Verkaufsaufträge. Näheres regeln die Handelsbedingungen der EEX.
- (3) Börsenteilnehmer übermitteln Aufträge und Quotes von ihren jeweiligen Eingabestellen durch elektronische Datenübertragung an die Handelssysteme der EEX. Die Börsengeschäftsführung kann für die Eingabe und Löschung von Geboten und Aufträgen andere Übermittlungswege zulassen; sie wird dies den Börsenteilnehmern in geeigneter Weise bekannt geben.
- (4) Aus technischen Gründen kann die Börsengeschäftsführung den Zugang zu den Handelssystemen der EEX für einzelne oder alle Produkte zeitweilig für einzelne oder für alle Börsenteilnehmer unterbrechen. Über die Aufhebung der Unterbrechung entscheidet die Börsengeschäftsführung. Die Unterbrechung des Zugangs zu den Handelssystemen der EEX und deren Aufhebung muss den betroffenen Börsenteilnehmern in geeigneter Weise unverzüglich bekannt gemacht werden.

§ 38 Börsenpreis und Preisermittlung

- (1) Börsenpreise kommen durch die Ausführung von Aufträgen an der Börse zustande. Börsenpreise werden nach näherer Bestimmung in den folgenden Absätzen transparent und diskriminierungsfrei durch die Handelssysteme der EEX ermittelt.
- (2) Börsenpreise müssen ordnungsmäßig zustande kommen und der wirklichen Marktlage des Börsenhandels entsprechen. Die Börse hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um auch bei erheblichen Preisschwankungen eine ordnungsgemäße Ermittlung des Börsenpreises sicherzustellen. Geeignete Vorkehrungen sind insbesondere kurzfristige Änderungen des Marktmodells, die Unterbrechung des Fortlaufenden Handels mit anschließendem Neustart oder andere geeignete Maßnahmen. Das Nähere kann in den Handelsbedingungen geregelt werden. Die Börsengeschäftsführung kann kurzfristig weitere geeignete Maßnahmen festlegen, wenn die Gefahr besteht, dass die Börsenpreise nicht ordnungsgemäß zustande kommen oder nicht der wirklichen Marktlage entsprechen.
- (3) Bei Primärauktionen von Emissionsrechten am Spotmarkt nach Maßgaben der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 sowie am Terminmarkt erfolgt die Preisermittlung nach Beendi-

gung der Aufrufphase als Einheitspreisermittlung in der Auktion dergestalt, dass alle Bieter den gleichen Auktionspreis zu bezahlen haben.

Als Auktionspreis wird der Preis ermittelt, der identisch mit dem Preislimit des Auftrags ist, bei dem die aufsummierten Kaufaufträge die angebotenen Mengen auf der Verkaufsseite erreicht oder überschreitet: dafür werden die Aufträge nach der Höhe des Preislimits und der angegebenen Mengen aufsummiert. Haben zwei Aufträge das gleiche Preislimit, werden diese Aufträge nach einem Zufallsalgorithmus sortiert, den EEX vor der Auktion festgelegt hat.

Sofern die Nachfragemenge geringer ist als die Angebotsmenge, findet eine Preisermittlung bei diesem Auktionstermin nicht statt. Das gleiche gilt, wenn der indikative Auktionspreis nicht dem Marktwert entspricht (Referenzpreisprozedur nach Art. 7 (6) der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010) sowie in den anderen in Art. 9 der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 aufgeführten Fällen. Näheres ist in § 33 der Handelsbedingungen geregelt.

- (4) Im Handelssystem T7 wird der Eröffnungspreis während der Eröffnungsauktion anhand der bis zu einem von der Börsengeschäftsführung der EEX bestimmten Zeitpunkt im Handelssystem befindlichen limitierten und unlimitierten Aufträge als derjenige Preis ermittelt, zu welchem die größtmögliche Anzahl an Kontrakten dieser Aufträge ausgeführt werden kann (Meistausführungsprinzip).

Während des fortlaufenden Handels wird der Börsenpreis auf Grundlage des jeweils höchsten Kauf- oder niedrigsten Verkaufslimits im selben Orderbuch oder einem anderen Orderbuch (synthetischer Pfad) ermittelt (Preis-Zeit-Priorität). Näheres ist in § 25 der Handelsbedingungen geregelt.

- (5) Die jeweiligen Börsenpreise sowie die ihnen zugrundeliegenden Umsätze und der Zeitpunkt des Abschlusses der Börsengeschäfte werden unverzüglich in Echtzeit, jedoch nicht später als drei Minuten im jeweiligen Handelssystem bzw. mittels elektronischer Medien veröffentlicht, es sei denn, eine verzögerte Veröffentlichung erscheint im Interesse der Vermeidung einer unangemessenen Benachteiligung der am Geschäft Beteiligten notwendig. Art und Umfang der Börsenpreisveröffentlichung werden von der Börsengeschäftsführung der EEX nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben bestimmt. Die Geschäftsführung ist in gleicher Weise zu Veröffentlichungen befugt, die einer geeigneten Unterrichtung des Publikums über das Marktgeschehen dienen.

§ 39 Order-Transaktions-Verhältnis

- (1) Die Börsenteilnehmer sind verpflichtet, ein angemessenes Verhältnis zwischen ihren Auftragseingaben, -änderungen und -löschungen und den tatsächlich ausgeführten Geschäften (Order-Transaktions-Verhältnis) zu gewährleisten, um Risiken für den ordnungsgemäßen Börsenhandel zu vermeiden. Das Order-Transaktions-Verhältnis ist dabei jeweils für ein Finanzinstrument anhand des zahlenmäßigen Volumens der jeweiligen Aufträge und Geschäfte innerhalb eines Monats zu bestimmen. Ein angemessenes Order-Transaktions-Verhältnis liegt insbesondere dann vor, wenn dieses auf Grund der Liquidität des betroffenen Finanzinstruments, der konkreten Marktlage oder der Funktion des handelnden Börsenteilnehmers wirtschaftlich nachvollziehbar ist.

- (2) Die Börsengeschäftsführung wird ermächtigt, das angemessene Order-Transaktions-Verhältnis für die jeweiligen Finanzinstrumente oder bestimmte Gattungen von Finanzinstrumenten zu bestimmen, wobei sie die Liquidität und Volatilität an dem jeweiligen Markt einschließlich besonderer Orderbuchsituationen, die Ordereingabeweise (manuell oder elektronisch) berücksichtigt. Unternehmen, deren Ordereingabe der Erfüllung von Quotierungsverpflichtungen dient, können von der Pflicht des Abs. 1 befreit werden.

§ 40 Minimale Preisänderung

- (1) Die minimale Preisänderung ist für jedes Produkt in den Kontraktsspezifikationen festgelegt.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann zeitweise über die Regelungen in den Kontraktsspezifikationen hinaus die minimale Preisänderung abweichend festlegen, wenn diese Festlegung geeignet ist, negative Auswirkungen auf die Marktintegrität und -liquidität zu verringern.

§ 41 Technische Störungen

- (1) Störungen an den technischen Einrichtungen, die für die Teilnahme am Handel an der EEX erforderlich sind, sind der EEX von den betroffenen Börsenteilnehmern während der Geschäftszeiten unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Bei technischen Störungen ist die EEX befugt, jede geeignete und angemessene Maßnahme zu treffen, die für die Sicherstellung oder Wiederaufnahme eines ordnungsgemäßen Handels oder einer ordnungsgemäßen Börsengeschäftsabwicklung erforderlich ist. So kann die EEX einzelne oder alle Börsenteilnehmer vorübergehend vom Handel ausschließen, den Handel unterbrechen oder Aufträge einzelner oder aller Börsenteilnehmer löschen. Die von der EEX getroffenen Maßnahmen sind für alle Börsenteilnehmer verbindlich. Weitergehende Regelungen enthalten die Technischen Durchführungsbestimmungen der EEX.
- (3) Die EEX leistet die technische Unterstützung uneingeschränkt nur während der Geschäftszeiten. Außerhalb von Geschäftszeiten umfasst die Unterstützung nur Maßnahmen zur Behebung von technischen Störungen und zur Schadensbegrenzung. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere das Beheben der technischen Störung, das Löschen von Aufträgen einzelner oder aller Börsenteilnehmer, das Aufheben von Geschäften oder die vollständige oder teilweise Unterbrechung des Handels.
- (4) Die EEX ist berechtigt, nicht konzernangehörige Dritte mit der Betreuung der Börsenteilnehmer außerhalb der Geschäftszeiten oder für Maßnahmen nach Abs. 2 zu beauftragen. Zugriff oder Einsichtsrecht in die Handelsdaten der Börsenteilnehmer erhalten die beauftragten Dritten nicht.
- (5) Die EEX, ihre Trägergesellschaft sowie ihre konzernangehörigen Unternehmen haften nicht für solche Schäden, die durch eine Störung des Betriebes infolge von höherer Gewalt oder Aufruhr, von Kriegs- und Naturereignissen oder infolge von sonstigen, von ihr nicht zu vertretenden Ereignissen (z. B. Streik, Aussperrung) veranlasst sind.

- (6) Schäden, die im Rahmen der Nutzung der Handelssysteme der EEX entstehen, werden nur dann von der EEX, ihrer Trägergesellschaft sowie ihren konzernangehörigen Unternehmen getragen, wenn und soweit ihren Organen oder Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Im Übrigen besteht eine Haftung nur für die sorgfältige Auswahl der für den Börsenhandel eingesetzten EDV-Systeme.

§ 42 Zentrale Gegenpartei

- (1) Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung von an der EEX abgeschlossenen oder registrierten Geschäften erfolgt das Clearing dieser Geschäfte ausschließlich über die ECC AG als zentrale Gegenpartei. Die Besicherung, geld- und warenmäßige Abwicklung aller an der EEX abgeschlossenen oder registrierten Geschäfte (Clearing) erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der ECC Clearing-Bedingungen in ihrer jeweils gültigen Fassung und der Bedingungen, auf die in ihnen verwiesen wird.
- (2) Die Börsengeschäftsführung kann die ECC AG als Börsenteilnehmer im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentrale Gegenpartei zum Handel an der EEX zulassen. Die ECC AG ist auf den Handel in eigenem Namen oder im Namen der bei ihr angeschlossenen Clearing-Mitglieder und Nicht-Clearing-Mitglieder im Rahmen des Default-Management Prozesses der ECC AG beschränkt. Voraussetzung für den Handel im Namen der Clearing-Mitglieder oder Nicht-Clearing-Mitglieder ist der Nachweis der hierfür erforderlichen Berechtigung. Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen.
- (3) Die Börsengeschäftsführung kann unbeschadet der Regelung in § 27 zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Börsengeschäftsabwicklung Aufträge entweder in eigenem Namen und für eigene Rechnung der ECC oder im Namen und für Rechnung der Clearing-Mitglieder oder Nicht-Clearing-Mitglieder der ECC in die Handelssysteme eingeben oder Geschäfte registrieren.

4.2. Börsenhandel an den Spotmärkten der EEX

§ 43 Börsenzeit und Handelsphasen

- (1) Die Börsenzeit für den Beginn und das Ende der einzelnen Phasen wird für alle Produkte von der Börsengeschäftsführung festgesetzt. Sie kann die Börsenzeit sowie den Beginn der einzelnen Phasen verlängern oder verkürzen, soweit dies zur Aufrechterhaltung geordneter Marktverhältnisse oder aus Gründen erforderlich ist, die ihre Ursache in den Handelssystemen der EEX haben.
- (2) Die Börsenzeit für Spotgeschäfte, in der Handelsart geschlossene oder offene Auktion, umfasst die aufeinanderfolgenden Phasen:
- (a) Aufrufphase
 - (b) Ausführungsphase
- Die Börsenzeit für Spotgeschäfte in der Handelsart fortlaufender Handel umfasst nur die Ausführungsphase.
- (3) Während der Aufrufphase können Aufträge in das Handelssystem der EEX eingegeben, geändert oder gelöscht werden; das Auftragsbuch bleibt geschlossen.

- (4) An die Aufrufphase schließt sich die Ausführungsphase an, während der Geschäfte in den einzelnen Produkten nach Maßgabe der Handelsbedingungen in einer geschlossenen oder offenen Auktion abgeschlossen werden. Über die Durchführung der Auktion in den einzelnen Produkten entscheidet die Börsengeschäftsführung, sofern nicht in dieser Börsenordnung oder in den Handelsbedingungen Näheres bestimmt ist.

§ 44 Handelsarten

- (1) Die Produkte an den Spotmärkten der EEX werden im fortlaufenden Handel oder in Auktionen gehandelt.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht abweichend geregelt, wird in der offenen oder geschlossenen Auktion aus den bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vorliegenden limitierten und unlimitierten Aufträgen derjenige Preis ermittelt, zu dem das größte Auftragsvolumen bei minimalem Überhang ausgeführt werden kann; sofern unlimitierte Aufträge zulässig sind, werden diese vorrangig ausgeführt. Eine Auktion untergliedert sich grundsätzlich in den Aufruf und die Preisermittlung. Während der Aufrufphase können die Börsenteilnehmer Aufträge eingeben, ändern oder löschen. Stehen sich Aufträge ausführbar gegenüber, wird bei der offenen Auktion mit geschlossenem Orderbuch während der Aufrufphase ein potentieller Ausführungspreis angezeigt. Ist dies nicht der Fall, wird das beste Kauf- oder Verkaufslimit angezeigt. Bei der offenen Auktion mit offenem Auftragsbuch werden zusätzlich die kumulierten Auftragsgrößen des jeweiligen Kauf- oder Verkaufslimits angezeigt. Bei einer geschlossenen Auktion werden weder ein potentieller Ausführungspreis noch Auftragsgrößen angezeigt.
- (3) Der fortlaufende Handel erfolgt ohne Schluss- oder Eröffnungsauktionen sowie ohne untätige Auktionen. Preise kommen durch das Zusammenführen von Aufträgen (Matching) zum jeweils besten im Auftragsbuch angezeigten Nachfrage- oder Angebotslimit, bei gleichem Preis in der Reihenfolge der Eingabe in das Handelssystem der EEX (Preis-Zeit-Priorität), zustande. Alle vorliegenden Aufträge werden kumuliert zum jeweiligen Limit angezeigt (offenes Auftragsbuch).
- (4) Das Nähere regeln die Handelsbedingungen.

4.3. Börsenhandel an den Terminmärkten der EEX

§ 45 Börsenzeit und Handelsphasen

- (1) Die Börsenzeit für Termingeschäfte an den Terminmärkten der EEX umfasst nach näherer Bestimmung in den Handelsbedingungen zumindest die
- (a) Handelsphase („Trading-Period“);
- sie kann weitere folgende Phasen vorsehen:
- (a) Die Vorhandelsphase („Pre-Trading-Period“); und
 - (b) Die Nachhandelsphase („Post-Trading-Period“).

- (2) Die Börsenzeit sowie der Beginn und das Ende der einzelnen Phasen werden für den Terminhandel für jedes zugelassene Produkt von der Börsengeschäftsführung festgelegt. Die Börsengeschäftsführung kann die Börsenzeiten sowie den Beginn der einzelnen Phasen an einem Börsentag verlängern oder verkürzen, soweit dies zur Aufrechterhaltung geordneter Marktverhältnisse oder aus Gründen erforderlich ist, die ihre Ursache im Handelssystem der EEX haben.
- (3) Der Abschluss von Geschäften an der Börse ist nach näherer Maßgabe der Handelsbedingungen und der Trade Registration Regelungen nur in der Handelsphase möglich.

§ 46 Handelsart

Die Produkte der EEX werden an den Terminmärkten der EEX im fortlaufenden Handel mit oder ohne offene Auktionen gehandelt. Sie können auch nach näherer Bestimmung in den Handelsbedingungen in geschlossenen oder in offenen Auktionen gehandelt werden.

4.4. Besondere Vorschriften für die Primärauktion von Emissionsrechten

§ 47 Primärauktion - Auktionator

- (1) Die Primärauktion von Emissionsrechten erfolgt als Bestandteil des Börsenhandels am Spotmarkt und/oder am Terminmarkt der EEX.
- (2) Die Primärauktion von Emissionsrechten umfasst sowohl EU- Emissionsberechtigungen (EUA) als auch EU- Luftverkehrsberechtigungen (EUAA) nach näherer Bestimmung der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 (Auktionsverordnung).
- (3) Ergänzend zu dem Regelwerk der EEX gelten die für die jeweiligen Versteigerungen jeweils anwendbaren gesetzlichen Grundlagen. Bei TCAP-Auktionen im Sinne von Art. 26 (2) der (EU) No 1031/2010 gelten für die jeweiligen Vertragsparteien zusätzlich die Regelungen der „Arrangements“, wie sie in § 31 Abs. 3 definiert sind. Im Falle eines zwischen den Arrangements einschließlich der Regelungen, auf die in diesen Bezug genommen werden, und dem Regelwerk der Börse gehen im Verhältnis der Auktionatoren und der EEX die Regelungen in den Arrangements vor. Die EEX ist die durchführende Börse der Primärauktion von Emissionsrechten.
- (4) Auftraggeber der EEX ist die nationale oder europäische Institution, mit der die EEX einen Vertrag über die Durchführung von Auktionen abgeschlossen hat. Anbieter/Veräußerer der zu versteigernden Berechtigungen ist die jeweils zuständige nationale oder europäische Institution oder ein von dieser beauftragter Dritter (Auktionator). Andere Börsenteilnehmer als der Auktionator sind nicht berechtigt, Verkaufsgeschäfte im Rahmen der Primärauktion abzuschließen.

§ 48 Durchführung der Primärauktion

- (1) Der Börsenhandel für die Primärauktion von Emissionsrechten erfolgt durch geschlossene Auktion am Spot- oder am Terminmarkt der EEX.

-
- (2) Die Börse veröffentlicht einen Versteigerungskalender, der unter anderem die Versteigerungstermine (Tag und Uhrzeit) sowie die in einem Auktionstermin jeweils zu versteigernde Menge an Emissionsrechten ausweist.
 - (3) Das Nähere über die Durchführung der Auktionen regeln die Handelsbedingungen.

§ 49 Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden, Weitergabe von Informationen

- (1) Die EEX ist berechtigt und verpflichtet, nach näherer Bestimmung der für die jeweilige Primärauktion jeweils geltenden Vorschriften, der darauf basierenden Durchführungsbestimmungen und Verträgen Informationen mit dem jeweiligen Auftraggeber und den für die Überwachung der Auktionen zuständigen Stellen auszutauschen, soweit die Kenntnis dieser Informationen für diese Stelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist und die Vorschriften des § 10 Börsengesetzes gewahrt sind.
- (2) Die EEX ist ferner nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 in ihrer jeweils geltenden Fassung berechtigt und im Rahmen der geltenden Bestimmungen verpflichtet, auch Daten und Informationen an Dritte weiterzugeben, die als Nachfolger der EEX mit der Durchführung der Versteigerung beauftragt werden, sich um diese Nachfolge bewerben oder als Behörde Daten und Informationen sammeln, um sie an die genannten Personen weiterzugeben. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Art. 35 Abs. 3 lit h der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 und den darauf beruhenden Anwendungsregelungen.
- (3) Die EEX ist berechtigt, nach näherer Bestimmung der für die jeweilige Primärauktion jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen und der darauf basierenden Konkretisierungen, Maßnahmen zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und im Verhältnis zum Sekundärhandel marktgerechten Preisbildung in der Primärauktion zu treffen.

5. Sicherheitsleistungen, Positionslimite

§ 50 Sicherheitsleistung

- (1) Jeder Börsenteilnehmer ist verpflichtet, die ihm gegenüber festgesetzte Sicherheitsleistung sowie die täglichen Abrechnungszahlungen an den Terminmärkten fristgerecht zu erbringen. Die von der ECC AG und den Clearing-Mitgliedern angewandte Methode zur Berechnung der Sicherheitsleistung wird den ihnen angeschlossenen Nicht-Clearing-Mitgliedern auf Anforderung offengelegt.
- (2) Börsenteilnehmern, die zugleich Clearing-Mitglieder der ECC AG sind, obliegt die Pflicht, die nicht fristgerechte Erfüllung von Sicherheitsleistungen durch ihnen angeschlossene Nicht-Clearing-Mitglieder der Börsengeschäftsführung unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften über die Sicherheitsleistungen (insbesondere in den jeweils gültigen Clearing-Bedingungen) und das Treffen von geeigneten Anordnungen zur Sicherstellung der Erfüllung der Verpflichtungen aus den börslichen Geschäften erfolgt nach Maßgabe von § 20 Abs. 4 BörsG.

§ 51 Festlegung der Positionslimite für den Terminhandel

- (1) Die Börsengeschäftsführung kann Positionslimite für den Terminhandel festsetzen, um den ordnungsgemäßen Terminhandel zu sichern. Ein Positionslimit ist eine Höchstzahl von Kontrakten, die von einem Börsenteilnehmer oder einem Kunden für eigene Rechnung gehalten werden darf.
- (2) Auf Positionslimite werden auch solche Positionen angerechnet, die aufgrund von Absprachen mit anderen zu einem gemeinsamen Zweck gehalten werden.
- (3) Im Terminhandel werden Positionslimite für jedes Produkt als Höchstgesamtzahl von gekauften und verkauften Kontrakten festgelegt.
- (4) Ein Börsenteilnehmer darf nicht für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden Transaktionen an der EEX tätigen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er oder sein Kunde, ob allein oder zusammen mit anderen, als Folge der Transaktionen eine Gesamtposition halten oder kontrollieren würde, die über die von der Börsengeschäftsführung festgesetzten Positionslimite hinausgeht.

§ 52 Änderung von Positionslimiten

Die Börsengeschäftsführung kann Positionslimite ändern, um einen geordneten Börsenhandel aufrechtzuerhalten. Änderungen von Positionslimiten treten frühestens am sechsten Börsentag nach ihrer Bekanntgabe gegenüber den Börsenteilnehmern in Kraft.

§ 53 Überprüfung der Einhaltung der Positionslimite

Die Handelsüberwachungsstelle überprüft alle Positionen eines Börsenteilnehmers einschließlich der Kundenpositionen auf die Einhaltung der Positionslimite.

§ 54 Meldepflicht

Beginnt der Handel vor dem Zeitpunkt, zu dem die Sicherheitsleistung oder tägliche Abrechnungszahlung zu erfüllen ist, darf ein Börsenteilnehmer den Handel nicht beginnen, wenn die Gefahr der nicht fristgerechten Erfüllung der ihm gegenüber festgesetzten Sicherheitsleistung oder täglichen Abrechnungszahlung besteht. Der Börsenteilnehmer muss die Börsengeschäftsführung unverzüglich hiervon unterrichten.

6. Schlussbestimmungen

§ 55 Verwendung von Daten

- (1) Aus dem Handelssystem der EEX empfangene Daten und Informationen dürfen die Börsenteilnehmer nur für eigene Zwecke des Handels und der Abwicklung verwenden. Eine Weitergabe dieser Daten an Dritte oder eine Verarbeitung der empfangenen Daten, soweit dies nicht für den Handel an der EEX oder das Clearing dieser Geschäfte erforderlich ist, sowie jegliche Art der gewerblichen Nutzung dieser Daten ist ohne vorherige Zustimmung der Börsengeschäftsführung nicht gestattet.
- (2) Unbeschadet gesetzlicher und aufsichtsbehördlicher Verpflichtungen sind die Börsengeschäftsführung und die Trägergesellschaft der Börse innerhalb der EEX-Gruppe sowie im Rahmen von Kooperationen, Auslagerungen und der Beauftragung von Dienstleistern berechtigt, die sich aus der Börsenmitgliedschaft ergebenden Informationen und Daten weiterzugeben. Eine Weitergabe außerhalb der EEX-Gruppe darf nur zum Zweck der Aufgabenerfüllung und nur dann erfolgen, wenn und soweit dies zur Aufgabenerfüllung durch den Dritten notwendig ist und sich der Dritte zur strengen Vertraulichkeit verpflichtet. Die Weitergabe personenbezogener Daten ist nur im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen erlaubt.

§ 56 Telefonmitschnitte

- (1) Telefongespräche mit der Marktsteuerung der EEX können zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit des Börsenhandels und der Börsengeschäftsabwicklung durch die EEX aufgezeichnet und elektronisch gespeichert werden. Der Anrufer wird vor der Aufzeichnung auf sein Recht hingewiesen, die Aufzeichnung zu verweigern. Unbeschadet bereits erteilter Zustimmungen kann der Anrufer die Aufzeichnung eines Telefonats gegenüber der Marktsteuerung verweigern. In diesem Fall wird das Telefonat durch die Marktsteuerung beendet, so dass Trading on Behalf nicht möglich ist.
- (2) Die Aufzeichnungen werden regelmäßig mit Ablauf eines Jahres nach dem Monat, in dem die Aufzeichnung erfolgte, gelöscht, soweit die Kenntnis der erhobenen Daten für die EEX zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr erforderlich ist.
- (3) Gemäß Abs. 1 erhobene Daten werden ausschließlich zu dem in Abs. 1 genannten Zweck und nur dann verwendet, wenn die Aufklärung betroffener Sachverhalte durch andere Erkenntnis- und Beweismittel nicht oder nicht zumutbar möglich ist.

§ 57 Veröffentlichungen von Preisen und Umsätzen

Die Börsengeschäftsführung veröffentlicht unverzüglich die Börsenpreise und die ihnen zugrunde liegenden Umsätze sowie die täglichen Abrechnungspreise und die Schlussabrechnungspreise mittels elektronischer Medien. Art und Umfang der Preisveröffentlichung bestimmt die Börsengeschäftsführung. Sie ist außerdem zu Veröffentlichungen befugt, die im Zusammenhang mit dem Marktgeschehen einer geeigneten Unterrichtung des Publikums dienen.

§ 58 Bekanntmachungen

Soweit nichts anderes bestimmt ist, erfolgen die Bekanntmachungen der Börsenorgane der EEX auf elektronischem Wege. Die Börsengeschäftsführung bestimmt das elektronische Medium.

§ 59 Inkrafttreten

Die Börsenordnung sowie deren Änderungen treten - sofern nicht anders bestimmt - am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

§ 60 Änderung der Fassung des Regelwerks

Die Börsengeschäftsführung ist in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Börsenrates oder seines Stellvertreters ermächtigt, Änderungen des Regelwerks herbeizuführen, die nur die Fassung und nicht den Inhalt betreffen.